

## Neue Homepage der CDU-Fraktion Essen ist online!

Ein frisches Design, verbesserte Funktionen und eine höhere Benutzerfreundlichkeit prägen das Gesicht der neuen Internetseite der CDU-Fraktion Essen.

Um unserer Webseite einen frischen und zeitgemäßen Auftritt zu verleihen, haben wir das grafische Webdesign komplett überarbeitet und den Wünschen unserer Besucher im Internet angepasst. Auch die Navigation ist nun benutzerfreundlicher gestaltet. Mit einer klaren Struktur führt sie Sie ab sofort durch die einzelnen Bereiche. Hier finden Sie neben aktuellen Pressemitteilungen, umfangreiche Informationen über unsere Ratsmitglieder, Bezirksvertreter, Sachkundigen Bürger in den einzelnen Gremien/Ausschüssen und unsere Mitglieder des Integrationsrates.

Zudem steht Ihnen unser Infoservice zu aktuellen politischen Themen und Entwicklungen als Download zur Verfügung. Mit den umfangreichen Informationen zum Team der Fraktionsgeschäftsstelle wissen Sie zukünftig, wer zu welchem Thema Ihr Ansprechpartner in unserer Geschäftsstelle ist. Wir hoffen, dass Ihnen unser neuer Internetauftritt gefällt, und wünschen Ihnen viel Spaß beim Surfen.



## Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen ist seit Monaten das beherrschende Thema in unserer Stadt. Viele Bürgerinnen und Bürger sind angesichts des nicht enden wollenden Flüchtlingsstroms zutiefst verunsichert. Wir nehmen diese Sorgen und Nöte in den Stadtteilen sehr ernst.

Die CDU-Fraktion hat sich in zahlreichen Gesprächen vor Ort dafür eingesetzt, dass die Bürgerinnen und Bürger umfassend informiert und Hinweise aus der Bürgerschaft für alternative Standorte entsprechend geprüft werden.

Am 24. Februar 2016 haben wir mit dem notwendigen Augenmaß im Rat der Stadt Essen die Entscheidung über weitere Standorte zur Flüchtlingsunterbringung getroffen. Oberste Priorität hierbei war es, die soziale Balance in unserer Stadt nicht zu gefährden und eine ausgewogene Verteilung über das gesamte Stadtgebiet zu ermöglichen.

Für die CDU-Fraktion steht außer Frage, dass Menschen, die in großer Not zu uns kommen, weil sie auf der Flucht vor Krieg oder politischer Verfolgung sind, unseren Schutz und unsere Unterstützung genießen. Inzwischen hat sich aber die Zahl der Asylbewerber so extrem erhöht, dass wir in Essen an unsere Kapazitäts- und Belastungsgrenze gestoßen sind. Angesichts der dramatischen Situation müssen wir daher schnellstmöglich durch Bund und Land spürbar entlastet werden.

Herzlichst

Ιh





Jörg Uhlenbruch
Fraktionsvorsitzender

## Unterbringung, Betreuung und die Integration von Flüchtlingen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen ist eines der zentralen Themen in unserer Stadt. Nach dem sogenannten "Königsteiner Schlüssel", welcher die Zuweisungsquoten der einzelnen Städte und Gemeinden regelt, muss die Stadt Essen drei Prozent der Flüchtlinge aufnehmen, die nach Nordrhein-Westfalen kommen. Im Jahr 2015 sind über 6.000 Flüchtlinge, die vor Krieg und Gewalt aus ihren Heimatländern geflohen sind, nach Essen gekommen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Zahl der Asylsuchenden auch in diesem Jahr auf einem ähnlichen Niveau bewegen wird.

Mit der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge ist es aber alleine nicht getan. Daher hat der Rat der Stadt Essen die Verwaltung bereits im Dezember letzten Jahres auf Initiative und mit den Stimmen der CDU-Fraktion beauftragt, ein Gesamtkonzept vorzulegen, welches sowohl die mittel- und langfristige Unterbringung als auch die Integration der Flüchtlinge in Essen darstellt. Hierbei sollen u.a. folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements durch hauptamtliche Begleitung und Bereitstellung der notwendigen Ressourcen (z.B. Räume für Sprachkurse, Hausaufgabenbetreuung u.Ä.).
- > Anpassung der gesamtstädtischen medizinischen Betreuung von Flüchtlingen.
- Überarbeitung und Stärkung der polizei- und ordnungsbehördlichen Präventionsund Sicherheitskonzepte.
- > Aktualisierung des Kita-Ausbauprogrammes.
- Regelmäßige Fortschreibung der Schülerplanzahlen und des aktuellen Schulraumbedarfs sowie die Erstellung eines Konzeptes zur Sanierung, Ausbau und Neubau von Schulimmobilien bei gleichzeitiger Optimierung der Schulausstattung,
- Vorbereitung der Flüchtlinge für den Arbeitsmarkt.

Ebenso war und ist es der CDU-Fraktion in diesem Zusammenhang wichtig, dass die Verwaltung eine Aufstellung aller erkennbaren und absehbaren Kosten im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme in Essen darstellt. Wir benötigen größtmögliche Transparenz in der Frage, zu welchen Teilen sich Bund, Land und Kommune finanziell beteiligen.



Um in diesem Jahr weitere Flüchtlinge unterzubringen und betreuen zu können, müssen in unserer Stadt weitere Standorte bereitgestellt werden. Hierzu hat die Verwaltung dem Rat der Stadt Essen entsprechende Vorschläge unterbreitet. Allerdings darf aus Sicht der CDU-Fraktion die aktuell geführte Diskussion um neue Standorte nicht mit der Debatte um die Ausweisung neuer Wohnbauflächen in unserer Stadt vermischt werden. Hier darf kein Automatismus entstehen. Die städtebauliche Entwicklung in Essen muss losgelöst vom Themenkomplex Flüchtlinge fortgeführt werden.

Bei aller Diskussion vor Ort dürfen wir auch nicht außer Acht lassen, dass nicht nur die Stadt Essen, sondern auch das Land und der Bund ihren Verpflichtungen nachkommen müssen:

- > Es sind die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Asylverfahren schneller bearbeitet und abgeschlossen werden können.
- Diejenigen, die keine oder nur eine sehr geringe Bleiberechtsperspektive haben, müssen schnellstmöglich wieder in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.
- Jeder der zu uns kommt, muss sich an Recht und Gesetz und die hier herrschenden Gepflogenheiten halten.
- > Nur bei Menschen mit Bleibeperspektive kann Integration gelingen.

Um auf die schwierige Situation vor Ort nachhaltig aufmerksam zu machen, hat der Rat der Stadt Essen auf Initiative der CDU-Fraktion in seiner Februar-Sitzung eine Resolution, mit konkreten Forderungen an Land und Bund, verabschiedet. Angesichts der dramatischen Situation ist auf Bundes- und Landesebene dringender Handlungsbedarf gegeben, um eine Kommune, wie die Stadt Essen, bei der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge spürbar zu entlasten. So muss u.a. der Zuzug von Flüchtlingen schnellstmöglich verringert, die Asylverfahren beschleunigt und die Kommunen bei den anfallenden Kosten stärker unterstützt werden. Ebenso sollen Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern nicht mehr auf die Kommunen verteilt, sondern ausnahmslos in den Einrichtungen des Landes untergebracht werden.